

BVV Lichtenberg von Berlin
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Henriette van der Wall

Zum B-Plan 11-47a Karlshorst-West – Redebeitrag auf der BVV vom 25. August 2011

Sehr geehrter Herr Vorsteher, sehr geehrte Bezirksverordnete, sehr geehrte Gäste,

Mitten in unserer eigentlichen Sommerpause haben wir uns hier getroffen, um eine Entscheidung zu treffen, die für die nächsten 50 Jahre oder vielleicht sogar noch länger, von Bedeutung sein wird. Um solche zeitlichen Dimensionen geht es beim Bebauungsplan 11-47a. Entsprechend umfangreich ist auch das Material, das sicherlich in der kurzen Zeit nur wenige von uns vollständig hatten lesen und auch noch verstehen können.

Sommer – das ist das Stichwort: Da das Wetter so schlecht ist, wie wir alle es kaum mit den Monaten Juli und August in Verbindung bringen können, wird einem der Begriff Klimawandel immer klarer. Und nun gibt es Bestrebungen von einigen Seiten, über einen Plan zu beschließen, dessen Umsetzung mit dazu beitragen wird, den Klimawandel voranzubringen. Ja, das ist der eigentliche Kern des Ganzen.

Lassen Sie mich das von zwei Seiten näher beleuchten – Nutzung innerstädtischer Potenziale in Wassernähe und geringstmögliche Umweltbelastung durch das GuD-Kraftwerk.

Im Jahr 1993 wurde in der damaligen BVV der Flächennutzungsplan beraten und beschlossen. Ich war damals dabei und weiß daher, dass wir Beteiligten innerhalb kurzer Zeit darüber befinden mussten, welche Nutzungen für welches Gebiet des Bezirkes vorgesehen und rechtlich festgesetzt werden sollten. Und das, obwohl bereits die damit verbundenen Begriffe erst einmal verinnerlicht und verstanden werden mussten. Das war viel Arbeit, die von allen verantwortungsbewusst durchgeführt wurde. So berieten wir auch über die Fläche, die Gegenstand dieses B-Plans ist. Um es kurz zu sagen, niemand von uns kam damals auf die Idee, dass wir an der Nutzungsart dieser Fläche etwas wesentlich ändern wollten. So wurde sie als Industriestandort festgelegt.

Nun hat sich die Erde inzwischen weitergedreht, im Jahr 2007 gab es eine entscheidende Veränderung – Sie erinnern sich, dass seitdem erstmals in der Geschichte mehr als die Hälfte der Menschheit in Städten lebt. Zwischen der zunehmenden Verstädterung und dem Bewusstwerden des Klimawandels scheint es einen Zusammenhang zu geben. So verwundert es einen dann auch nicht, dass immer mehr Stadtbürger einfordern, den städtischen Raum naturnah zu erhalten oder versiegelte Flächen wieder zurück zu gewinnen, wie zum Beispiel im Nachbarbezirk Friedrichshain. Es wird einem immer bewusster, wie wichtig die Verbindung zwischen Vegetationsflächen und Wasser ist – für die Natur und für uns, den Menschen als Teil der Natur.

Solche Gedanken, sehr geehrte Bezirksverordnete, hatten wir damals nicht, als wir über den Flächennutzungsplan berieten. Deshalb haben wir auch niemals diskutiert, ob dieses Geschenk Fluss mit seinem Ufer mitten in der Stadt anders und damit besser genutzt werden könnte als durch Industrie und Gewerbe. Nun sind die Zeiten der Industrieromantik ein für allemal vorbei, statt dessen kommen uns die Romantiker des 19. Jahrhunderts mit ihren Warnungen in den Sinn. Damals hatte niemand auf sie gehört, die Folgen sind immer stärker spürbar. Deshalb kann es heute nur ein großes **Nein zu dem „Weiterso“** geben.

Inzwischen haben sich auch volkswirtschaftliche Strukturen verändert, etwas, was wir Anfang der 90er Jahre ebenfalls nicht berücksichtigt hatten. Für solche Diskussionen hatten wir angesichts der Fülle der Aufgaben auch keine Zeit. Inzwischen sind wir klüger und

wurden uns die veränderten Produktions- und Wirtschaftsstrukturen bewusst, die sich wie in allen europäischen Ländern auch in unserer Stadt vollzogen haben. Tragen wir dem Rechnung und zeigen wir, dass wir volkswirtschaftliches Denken mit Lichtenberger Handeln in Übereinklang bringen können! Verwandeln wir ehemalige Industrieflächen in naturnahe Lebensräume, die man mit Wohnen und umweltverträglichem Arbeiten koppeln kann! Dieser kluge Gedanke wurde von engagierten Bürgern auf Versammlungen und in den Einwendungen eingebracht und ist nachlesbar.

Nun fragt sich so mancher sicherlich, warum darauf nicht im Zusammenhang mit den Städtebaulichen Leitlinien aufmerksam gemacht worden war. Auch das lässt sich einfach erklären: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen konzentrierte sich damals darauf, solche Leitlinien zu verabschieden, die die Sauriertechnologie Steinkohlekraftwerk zu verhindern halfen.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die einst an dem Standort vorgesehene Müllverbrennungsanlage. Alle sind froh, dass sie damals nicht gebaut wurde. Was jedoch vermutlich kaum jemand weiß, ist, dass wir das einigen wenigen engagierten Bürgern aus Karlshorst und extra gegründeten Verbänden zu danken haben. Diese hatten es Ende der 90er Jahre erzwungen, dass ein erfahrener Umweltmediator zwischen den Konfliktparteien – hier die Bürger, dort die BEWAG, der Vorgängerin von Vattenfall vermittelte. In den Beratungsrunden wurde dann immer deutlicher, dass die von der BEWAG vorgelegten Zahlen über die zu erwartenden Müllmengen nicht stimmten, sondern viel zu hoch angesetzt gewesen waren, so dass die geplante Müllverbrennungsanlage viel zu groß gewesen wäre. Wohlgemerkt – einige wenige Bürger hatten sich mit der Materie vertraut gemacht und ihre Zeit und Kraft geopfert, um für das Allgemeinwohl auch von uns, die wir hier zusammen sind, zu kämpfen. Und es stellte sich heraus – das war richtig gewesen. Soweit zu dem Argument von Herrn Geisel, ich zitiere:

"5900 Bürger haben sich auf der Homepage über das Kraftwerk informiert, 17 haben Stellungnahmen abgegeben. Eine Volksbewegung ist da nicht im Gange." Sehr geehrter Herr Geisel, es ist nicht erheblich, wie viele Menschen das Richtige sagen, sondern es ist wichtig, dass es gesagt wird. Wir alle sollten lernen, das besser zu unterscheiden.

Ähnliches trifft auch auf den Hauptgegenstand dieses B-Plans, das GuD-Kraftwerk, zu. Mit diesem Thema haben sich einige in diesem Raum sehr intensiv und verantwortungsbewusst beschäftigt und ein Mann, der sich fachlich in der Materie auskennt, da er viele Jahre selbst Kraftwerke gebaut hat. Wer wollte behaupten Sinnvolleres zu Chancen und Gefahren unterschiedlicher Technologien und den Stand der Technik darzustellen als er. Ich vermute, im gesamten Bezirk Lichtenberg und auch in Gesamtberlin gibt es nur sehr wenige, die über ein derart profundes Wissen zu diesem Thema verfügen. Er ist also einer der wenigen weit und breit, die das Richtige dazu sagen können. Um darauf fußend zukunftsfähige Entscheidungen zu treffen, braucht es keine Volksbewegung, sondern einzig der Berücksichtigung der Fakten durch die Entscheidungsträger hier im Raum. Und das sind wir, die Bezirksverordneten.

Wichtige Fakten sind:

- Eine Wärmeversorgung, die schwankenden Bedarfen optimal angepasst werden kann
- Der größtmögliche Gesamtwirkungsgrad der eingesetzten Technologien
- Ein CO₂-Ausstoß, der dem Stand der Technik entspricht.

Die **bestmögliche Bedarfsabdeckung** gelingt mit einem Verbundnetz, in dem die Bedarfsspitzen durch Zuschaltung kleinerer Kraftwerke abgedeckt werden. Ein solches Konzept müsste im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes als Grundlage für die Gewinnung von Investoren erarbeitet werden und es kann nicht umgekehrt sein, dass wir darauf warten, ob mal zufällig ein Investor nachfragt, ob daran Interesse besteht.

Der **größtmögliche Gesamtwirkungsgrad** erfordert unter anderem eine Standortwahl, die das Bodenprofil vom Kraftwerk bis zum Endverbraucher berücksichtigt. Das Hochpumpen einer so großen Menge des Wärmeträgers, wie sie bei der geplanten Dimension des GuD-Kraftwerks an der Rummelsburger Bucht von dort bis nach Ahrensfelde anfallen würde, verbraucht sehr viel Energie, die man bei einem hochgelegenen Standort des größten Kraftwerks um einiges minimieren kann. So sind die Werte für den Standort Rhinstraße wesentlich günstiger. Noch günstiger wäre es, wenn man oben im Norden in der Nähe von einem Großteil der Endverbraucher ebenfalls ein kleines Kraftwerk bauen würde. Doch dazu gibt es keine Aussage, da unterschiedliche Standorte nicht nach technisch-technologischen Fakten, sondern nach Eigentum untersucht wurden. Noch enger konnte man den Denk- und Untersuchungshorizont anscheinend nicht mehr fassen! Gratulation! Auch an die zuständigen Senatsstellen!

Was nun den **CO₂-Ausstoß** betrifft, so darf man ihn nicht am vorhandenen Kraftwerk messen, was gegenwärtig getan wird. Sondern man muss ihn an dem bislang besten in Berlin Mitte messen. Dessen Technologien sind inzwischen 15 Jahre alt, sie wurden verbessert und der CO₂-Ausstoß weiter vermindert. Und nur das kann der Maßstab sein.

Nun haben wir uns in den beiden Ausschüssen ausführlich erläutern lassen können, dass wir nur über einen B-Plan befinden können und nicht über die Technologien. Da kommt mir doch prompt das Plakat von Klaus Staeck vor mein inneres Auge, auf dem vor dem Hintergrund von rauchenden Fabrikschloten ein Arbeiter und der Fabrikbesitzer folgenden Dialog führen:
Der Arbeiter: Wenigstens die Luft können sie uns nicht nehmen.
Der Fabrikbesitzer: Aber ihren Giftgehalt bestimmen wir.

Das Plakat ist einige Jahrzehnte alt, die Fakten gibt es immer noch.

Sehr geehrte Bezirksverordnete, fordern wir deshalb den maximalen CO₂-Ausstoß des neuen Kraftwerkes, bezogen auf eine Einheit thermische Energie, damit wir die bestmögliche Luft atmen können. Um das formulieren zu können, müssen wir uns damit beschäftigen und können den B-Plan 11-47a schon aus diesem Grunde heute nicht beschließen.

<< bis hier überarbeiten, dann weiter

Was will ich damit sagen? Das

Sie fragen vielleicht, warum erst jetzt?

Ja, weil es ein Prozess ist, den zu durchdenken wir auf Grund der Fülle der Aufgaben hier bislang keine Mühe hatten. Vielleicht sind auch die verfahren rechtlichen verfahren für derartig komplexe Themen nicht geeignet, Dann sollten wir sie uns jetzt nehmen!!

<< ab hier dann Klima CO2 Technologien nach dem Stand der Technik Vergleiche mit dem Kraftwerk Mitte

Wirkungsgrad

nicht den Renditejägern, sondern den verantwortungsbewussten Fachleuten folgen.

Vatten fall aht auch solche pläne im Schubfach, da bin ich mir sicher!

-.-.-.

wie mal an einer Weichenstellung für wesentliche Entwicklungen

wir haben es in der Hand

Es ist nicht mehr leugbar – die Herausforderungen und die Sachverhalte haben sich verändert. Es geht nicht um kleine Entscheidungen, sondern um Grundsatzentscheidungen!!! Für die nächsten 100 Jahre – zum Vergleich: das Kraftwerk Klingenberg wurde →> in Wikipedia nachsehen

Gebaut und wird in 5 bis 10 Jahren vom Netz gehen

Nachvollziehbar Herr Geisel, dass Erfolg haben will – das wäre dann das dritte große Ereignis – Zehk und Klimaschutzkonzept – das erste war eines, das zweite war ein Sachstandsermittlung als Grundlage für ein Konzept, nun, und das Dritte könnte das große Verhängnis werden.

Man muss es mal ganz deutlich sagen: Es geht nicht um Image – dieses Denken resultiert aus der Imageethik, also eine sehr kurzsichtige Angelegenheit, mit der man sich kurzfristig Schulterklopfen von mehreren Seiten organisieren kann.

Be es aber dem Charakter der Sache entspricht?? Das kann man nur auf der Grundlage der Charakterethik klären – damit schafft man weitsichtiges Denken und weitsichtiges Handeln.

Da und dafür gibt es kurzfristig kein Schulterklopfen und Höändeschütteln, dafür gibt es Arbeit, Auseinandersetzungen, böse Blicke.

Ja meine Damen und Herren, wir sind im Wahlkampf

Zu Geisel in staBve vom 16.08.11:

Sie sagten, es hätte sich noch niemand gemeldet, der dezentrale Wärmekraftwerke bauen will. Da kann ich mir vorstellen, denn das wurde ja bislang auch nicht angestrebt. Lichtenberg hat ja nicht einmal einen Überblick darüber, wo kleinere Wärmekraftwerke stehen, die mehr als drei Häuser mit Wärme versorgen.

Mit anderen Worten: Es wäre unsere Aufgabe, zum Beispiel auch im lichtenberger Klimaschutzkonzept
→>prüfen, was dazu dort drinnen steht

eine solche Vorgabe zu machen. Doch wie die Fraktion B90/G in der nunmehr zu Ende gehenden Wahlperiode feststellen durfte, sind wir die einzigen, die hier Visionen entwickelt haben, von einigen Ausnahmen abgesehen. Auch in anderen Fraktionen gibt es hin und wieder jemanden, der gerne über den Tellerrand schauen möchte – fragt sich nur, wer von hinten immer zieht, dass das nicht so recht gelingt.

Kurze Anmerkung zur Ausschuss-Sitzung:

Von Seiten der SPD-Fraktion war gemahnt worden, wir müssten nunmehr zügig zur Abstimmung kommen, da doch um 22.00 Uhr das Haus verlassen werden muss. Das stimmt so nicht – wir hätten bis 22.30 Uhr diskutieren können. Es gab also keinen Grund, sehr geehrte Frau Röben, die drei Wortmeldungen aus der engagierten Bürgerschaft nicht mehr zuzulassen und anstelle dessen den Abbruch der Debatte zu fordern.

Es war ein Glück, dass wenigstens Herr Kamps, vermutlich der einzige Sachverständige in Bezug auf Kraftwerksbauten unter den Nicht-Vattenfall-Mitarbeitern, dazu kam, seine fachlichen Bedenken zu äußern, die ich hier in Auszügen wiedergeben möchte

→>einfügen in Kurzfassung

Es war für mich sehr aufschlussreich, dass der nachgewiesene sehr konservative Bürgerdeputierte der CDU-Fraktion, Herr Dr. Rackow, mir sofort signalisierte, dass diese Bemerkungen ihm sehr nahe gingen und er sie für nachdenkenswert hält. Da hat doch mal eine konservative Haltung ihren Sinn und ich bestätige Ihnen, Herr Hoffmann, dass ich hier mal ausnahmsweise mit Ihnen konform gehe: Keine Experimente!!

Für mich

Die Bürger haben ein Recht auf den geringst möglichen CO₂-Ausstoß, auf die Anwendung der modernsten Technologien

In den Ausschüssen immer wieder betont, dass wir einen B-Plan beschließen und nicht eine Technologie. Und darin liegt ja gerade das Problem:

Kamps CO₂ einfügen